

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Servatiusweg 19-23 · 53332 Bornheim

An den Bürgermeister der Stadt Bornheim  
Herrn Wolfgang Henseler  
und den Vorsitzenden des Umweltausschusses  
Herrn Dr. Arnd Kuhn  
Rathausstraße 2  
53332 Bornheim

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**Stadtratsfraktion Bornheim**

**Dr. Kuhn, Arnd**  
Fraktionsvorsitzender  
**Markus Hochgartz**  
stellvertr. Fraktionsvorsitzender

Fraktionsgeschäftsstelle  
Servatiusweg 19-23, 53332 Bornheim  
Tel.: +49 (22 22) 94 55 40  
Mobil: 0151 20 74 61 04  
diegruenen@rat.stadt-bornheim.de

Bornheim, 12. Februar 2020

## **Betreff: Erstellung einer Satzung über die Erhebung einer Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen**

Sehr geehrter Herr Henseler,

wir bitten den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Umweltausschusses am 31.03.2020, des Haupt- und Finanzausschuss am 01.04.2020 und des Rates am 23.04.2020 zu setzen.

### **Antrag:**

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Satzung über die Erhebung einer Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen von Speisen und Getränken zu erarbeiten, die zum sofortigen Verzehr abgegeben werden.
2. Der Entwurf über eine Verpackungssteuersatzung ist dem Rat der Stadt Bornheim in seiner nächsten Sitzung zum Beschluss vorzulegen.

### **Sachverhalt:**

Weggeworfene Einwegverpackungen stellen zunehmend eine Belastung für die Umwelt dar. Oftmals werden Sie nur wenige Minuten verwendet, anschließend landen sie in öffentlichen Mülleimern oder aber auf den Straßen, Plätzen und Grünflächen der Stadt. Die Unmengen an Einwegverpackungen bedeuten einen immensen Ressourcenverbrauch, sie belasten aber auch unseren kommunalen Haushalt.

Alternative Müllverminderungsstrategien, wie Mülltrennung, Recycling und Kompostierung gehen nicht weit genug. Grund ist, dass eine Mülltrennung im öffentlichen Raum praktisch nicht umzusetzen ist und auch eine Kompostierung von Biokunststoffen bringt bislang keine befriedigenden Ergebnisse. Um dieser Entwicklung verstärkt entgegen zu wirken, wird die Verwaltung beauftragt, eine Verpackungssteuersatzung zu erstellen. Ziel ist es, Einnahmen zum städtischen Haushalt zu generieren sowie die zunehmende Vermüllung des Stadtbilds durch im öffentlichen Raum entsorgte „to-go“ Verpackungen zu verringern und einen Anreiz zur Verwendung von Mehrwegsystemen zu setzen.

Seit dem 1. Januar 2019 gilt in Deutschland das neue Verpackungsgesetz, das die alte Verpackungsverordnung abgelöst hat. Seither ist die Einführung einer kommunalen Abgabe auf Einwegverpackungen rechtmäßig. Der Stadt Bornheim muss es ein wichtiges Anliegen sein, im Sinne der Abfallvermeidung und aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus, die Einführung einer Verpackungssteuer zu ermöglichen.

Markus Hochgartz

Maria Koch

und Fraktion